



Gesine Meißner Für Niedersachsen, Hamburg und Bremen in Europa

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Mini-Plenarwoche in Brüssel war geprägt durch eine Vielzahl von Abstimmungen. Neue Verbraucherrechte, die Zukunft der Agrarpolitik und das Wirtschaftspaket wurden im Vorfeld heftig diskutiert.

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Neue Verbraucherrechte

Eine neue Verbraucherrichtlinie wurde diese Woche vom Plenum des EP angenommen. Der Abstimmung waren harten Verhandlungen zwischen EP, Rat und Kommission vorausgegangen. Für die Verbraucher bedeutet das in erster Linie europaweit bessere Rechte beim Einkauf über Online-Händler, am Telefon, per Email oder an der Haustür. Hier sollen Kunden egal, in welchem EU-Land der Händler ansässig ist, ein zweiwöchiges Rückgaberecht erhalten. Dieses Recht verlängert sich sogar auf ein Jahr, wenn der Verkäufer nicht vorher über die Rückgaberegulung informiert hat. Alles was der Käufer vor der Rückgabe bereits überwiesen hat, muss er innerhalb von 14 Tagen wieder zurückbezahlt bekommen. Des Weiteren können Käufer das Geschäft fallen lassen, wenn die Ware nicht innerhalb von 30 Tagen geliefert wird. Bei einem Onlinekauf muss nun europaweit bindend der Endpreis des Geschäfts angezeigt werden - für versteckte Kosten zahlt der Verkäufer. Er soll auch dafür haften, wenn die Ware beim Transport beschädigt wird. Die neue Richtlinie sieht Ausnahmen für digitale Produkte, die innerhalb kurzer Zeit kopiert werden können, sowie für Kleider, Möbel und Maßanfertigungen vor.

Gemeinsame Agrarpolitik

In einem Bericht zur Zukunft der gemeinsamen Agrarpolitik, den das Plenum des EP diese Woche gegen die Stimmen der FDP und der liberalen Fraktion angenommen hat, fordert es unter anderem eine Obergrenze für die Direktzahlungen der Europäischen Union an einen Landwirt. Wir deutsche Liberale teilen diese Forderung nicht. Direktzahlungen dienen als Entlohnung für die Erbringung von Leistungen, die der Gesellschaft zugute kommen, wie der Pflege der Kulturlandschaft. Diese Leistungen werden aber über den Markt nicht vergütet. Deshalb droht die Kappung der Direktzahlungen für große landwirtschaftliche Betriebe gerade in Ostdeutschland weitreichende finanzielle Einschnitte nach sich zu ziehen. Die Deckelung der Direktzahlungen schwächt damit eine bestimmte Gruppe Betriebe und bedroht die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Landwirtschaft. In der zukünftigen Agrarpolitik sollte zudem der Förderung moderner Technik ein größerer Stellenwert eingeräumt werden. Dazu gehört auch eine Stärkung der Biotechnologie, um auf dem globalen Markt nicht in eine Außenseiterposition zu kommen, in der konkurrenzfähiges Handeln nicht mehr möglich ist.

Economic Governance

Der Text des Regelungspakets "Economic Governance", den das Europaparlament diese Mini-Plenarwoche angenommen hat, soll zu einer Stärkung des europäischen Wirtschafts- und Währungsraums beitragen, um künftig für Wirtschaftskrisen in Europa besser gewappnet zu sein bzw. sie möglichst verhindern zu können. Dazu soll nach dem Votum des Parlaments das Augenmerk stärker als zuvor auf die Schuldengrenze (60% des BIP) gelegt und ein automatischer Sanktionsmechanismus eingeführt werden: während bisher eine qualifizierte Mehrheit der Mitgliedsstaaten entscheiden musste, dass Sanktionen gegen einen Mitgliedsstaat eingeleitet werden sollen, der gegen die Defizitregeln verstößt oder zu verstoßen droht, werden diese zukünftig automatisch eingeleitet. Einzige Ausnahme: eine qualifizierte Mehrheit der Mitgliedsstaaten beschließt, sie nicht einzuleiten ("umgekehrte qualifizierte Mehrheit"). Gerade in der Frage der umgekehrten qualifizierten Mehrheit gibt es noch keine Einigung mit dem Rat, allerdings hofft das Parlament durch die frühzeitige Annahme des Textes zusätzlichen Druck auszuüben, um diese Forderung durchzusetzen. Endgültig abgestimmt wird über das Regelungspaket der "Economic Governance" dann bei der Plenarsitzung im Juli in Straßburg, nachdem der Rat hoffentlich an diesem Wochenende auf diese Kernforderung der ALDE und insbesondere der FDP eingegangen ist.

Entsorgung radioaktiven Abfalls

Die am Mittwoch vom Parlament angenommene Richtlinie zur Entsorgung von abgebrannten Brennelementen und anderen radioaktiven Abfällen ist ein wichtiges Signal, dass der Schutz der Gesundheit der Arbeiter bei der Nutzung der Kernenergie Priorität haben muss. In Zukunft gelten die Schutzvorschriften auch für indirekt betroffene Arbeiter, wie beispielsweise Sicherheitskräfte, die bei Castor-Transporten zum Einsatz kommen. Vorgesehen sind unter anderem eine regelmäßige Weiterbildung aller Beteiligten sowie eine bessere Transparenz, welche Art von radioaktiven Abfall wo gelagert wird. Diese Informationen sind essentiell, um in entscheidenden Situationen adäquate Entscheidungen treffen zu können und Strahlenschutzvorschriften angemessen anzuwenden. Zudem wird festgelegt, dass es in jedem Mitgliedsstaat eine unabhängige Kontrollbehörde gibt, die über die Einhaltung der Schutzvorschriften wacht und relevante Aspekte dokumentiert, um im Haftungsfall für angemessenen Schadensersatz zu sorgen.

AKW-Stresstests - Nachtrag zur Juni-Plenarwoche in Straßburg

Zu den Stresstests europäischer Atomkraftwerke fand im Europäischen Parlament in Straßburg eine zweistündige Plenardebatte statt. Kommissar Oettinger wies zunächst auf den Widerspruch hin, dass er einerseits als Energiekommissar gemeinsam mit den Mitgliedstaaten an einem nachhaltigen, sicheren europäischen Konzept arbeitet, diese aber bei der Frage AKW-Stresstest mit dem Hinweis auf nationale Kompetenz - die er gar nicht in Frage stellt - zunächst wenig Bereitschaft zur Kooperation zeigten. Er stellte für den europaweiten Stresstest folgende Überprüfungskriterien vor: 1) alle Naturereignisse und natürlichen Risiken, 2) der Faktor Mensch und menschliches Versagen. Nicht überprüft werden soll Einfluss durch "Mensch und Verbrechen", da die Atomaufsichtsbehörden dafür nicht zuständig sind. Der Stresstest soll Transparenz schaffen und Daten und Fakten liefern, kein "Stresstest light" sein und in 3 Stufen erfolgen: 1) Aufforderung an alle AKW-Betreiber, einen Prüfbericht anhand der Kriterien zu erstellen ("Gründlichkeit vor Schnelligkeit"), 2) erneute Überprüfung durch die nationalen Atomaufsichtsbehörden, 3) "Peer-Review", Einsetzen eines europäischen Expertenteams, das entsprechende Schlüsse zieht. In der Diskussion wurde von der ALDE auf die Notwendigkeit hingewiesen, Unabhängigkeit zu gewährleisten und anhand der Ergebnisse die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Insgesamt ist in der europäischen Diskussion

festzustellen, dass die derzeitige deutsche Energiepolitik bei einigen Mitgliedsstaaten und auch innerhalb der liberalen Fraktion auf Unverständnis stößt.

II. Aus meiner aktuellen Arbeit

Verkehrsausschuss

Europäische Straßenverkehrssicherheit 2011-2020

Der Bericht des CDU-Europaabgeordneten Dieter-Lebrecht Koch enthält viele ausgewogene Vorschläge zur weiteren Reduzierung der Zahl der Verkehrstoten auf Europas Straßen und wurde mit großer Mehrheit im Ausschuss angenommen. Einige aus liberaler Sicht überzogene Forderungen fanden allerdings nicht unsere Zustimmung, so der Vorschlag, eine neue EU-Agentur für Straßenverkehrssicherheit einzurichten. Leider gab es eine breite Mehrheit im Verkehrsausschuss für diesen unnötigen Zuwachs an Bürokratie. Auch habe ich mich gegen eine Gängelung der Radfahrer ausgesprochen, die zum Tragen von Helmen und Sicherheitswesten verpflichtet werden sollen.

Luftverkehrsabkommen mit Mexiko (Schattenbericht)

Ebenfalls mit großer Mehrheit angenommen wurde das Luftverkehrsabkommen zwischen der EU und Mexiko, das bisherige bilaterale Abkommen einzelner Mitgliedstaaten mit Mexiko ersetzt. Geregelt werden darin insbesondere der Zugang zu den Luftverkehrsräumen und die Zuständigkeit für Sicherheitskontrollen. Da Mexiko ein wichtiger Handelspartner der EU ist, sollte im nächsten Schritt ein umfangreicheres, detaillierteres Luftverkehrsabkommen nach dem Vorbild der bereits erzielten Übereinkunft mit Kanada erarbeitet werden.

Weißbuch Verkehr: Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum (Schattenbericht)

Nachdem die Kommission Ende März ihre Vorstellungen für die nachhaltige Optimierung der Verkehrsflüsse in Europa unterbreitet hat (vgl. Newsletter April 2011), fand jetzt der erste Meinungsaustausch zwischen den Fraktionen dazu statt. Als nächstes wird der belgische Berichterstatter Mathieu Grosch voraussichtlich im September einen Entwurf für die Stellungnahme des Parlaments vorlegen. Das Weißbuch skizziert eine Strategie für die europäische Verkehrspolitik bis 2050. Die Kommission schlägt 40 konkrete Maßnahmen vor mit dem Ziel, ein integriertes multimodales europäisches Verkehrsnetz zu schaffen.

Trilog über den Finanzrahmen für die Weiterentwicklung der Integrierten Meerespolitik (Schattenbericht)

Beim zweiten Trilog wurde an einigen Punkten eine Einigung zwischen Rat, Kommission und Parlament erzielt, insbesondere bezüglich der Zielsetzung von Projekten, die in den nächsten zwei Jahren im Bereich der integrierten Meerespolitik durchgeführt werden sollen. Bedauerlich ist, dass einige Mitgliedsstaaten die bereits eingeplanten 50 Mio. Euro für die Finanzierung der Maßnahmen blockieren bzw. auf 20 Mio. reduzieren wollen. Über die nächste Verhandlungsrunde berichte ich im nächsten Newsletter.

TRAN-Delegationsreise

Bei der Ausschussreise in der vergangenen Woche haben wir von unserem Quartier in Aachen aus Verkehrsprojekte im Dreiländereck Deutschland-Belgien-Niederlande besichtigt und mit europäischen Experten diskutiert. Neben dem DB-Projekt Lichtenbuschtunnel, wo gerade

parallel zum modernisierten historischen Eisenbahntunnel ein zweiter Tunnel mit Hochgeschwindigkeitstrasse für die Gegenrichtung fertiggestellt wird, standen u.a. eine Fahrt auf der Maas mit Diskussion der europäischen Binnenschiffahrtskapazitäten und eine Besichtigung der polizeilichen LKW-Kontrollen an der deutsch-belgischen Grenze auf dem Programm. Beeindruckend war in Maastricht der Besuch des Luftverkehrkontrollzentrums, von wo in Absprache mit den Towern der Flughäfen die Flüge in unserem Teil Nordeuropas koordiniert werden.

23. Juni 2011: Diskussion mit den Europaabgeordneten Gesine Meißner und Britta Reimers in Hamburg

Bei unserer "Nordlandkonferenz" haben Britta Reimers und ich aus der aktuellen Arbeit in unseren jeweiligen Ausschüssen berichtet. In der anschließenden lebhaften Diskussion mit den Teilnehmern aus Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein kamen auch viele andere Themen wie Energiepolitik, Stabilitätspakt, gegenseitige Anerkennung von Bildungsabschlüssen, Asyl und Elbvertiefung zur Sprache. Die Veranstaltung fand durchweg ein positives Echo.

Es grüßt Sie herzlich aus Brüssel

Ihre

Handwritten signature of Gesine Meißner in black ink.

24.06.2011